

26. Februar 2009

"Missbrauch" der Finanzgerichtsrechtssprechung durch die Finanzverwaltung

Fünf Urteile des Finanzgerichts Baden-Württemberg, die zum Tenor haben, dass Übernachtungstage in Deutschland (Ansässigkeitsstaat) aufgrund der mangelnden Integration in den Arbeitsprozess des Tätigkeitskeisstaates (Schweiz) nicht zu den "Zähltagen der 60-Tage-Regelung" rechnen, nutzt nun die Finanzverwaltung im Revisionsverfahren beim BFH um dessen Ansicht zum Art. 15 Abs. 4 DBA-Schweiz nochmals überprüfen zu lassen.

Die Ansicht des FG BW spielt bei der Revisionsbegründung keine "Rolle" mehr; vielmehr soll für leitende Angestellte die Fiktion des Tätigkeitsortes - auch im Sinne des Art. 24 Abs. 1 Nr. 1d DBA-Schweiz - einer neuen Überprüfung unterzogen werden, mit dem Ziel der Zuweisung des Besteuerungsrechtes entsprechend der physischen Anwesenheit am Tätigkeitsort.